

Name, Anschrift, Tel. und E-Mail des(r) Bauwerber(s)

An die  
Baubehörde erster Instanz  
der Marktgemeinde Pöllau  
8225 Pöllau

## Meldepflichtige Vorhaben gem. § 21 Stmk.BauG

Gesetzliche Grundlage:	§ 21 Abs.3 des Steiermärkischen Baugesetzes, LGBl. Nr. 59/1995 i.d.g.F.
Art des Bauvorhabens (Beschreibung des Vorhabens)	
Ort des Bauvorhabens (Adresse, Gst.Nr., EZ, KG):	
Beilagen gemäß § 21 Abs. 3 Stmk. BauG	<input type="checkbox"/> Lageplan Bei Feuerungsanlagen bis 8 kW oder Austausch von Feuerungsanlagen bis 400 kW ohne bauliche Änderungen oder Nutzungsänderung: <input type="checkbox"/> Inverkehrbringungsbescheinigung <input type="checkbox"/> Rauchfangkehrer-Attest Bei Garagen, Hauskanalanlagen und Sammelgruben zusätzlich: <input type="checkbox"/> Planliche Darstellung (Lageplan im Maßstab 1:1000) <input type="checkbox"/> Erforderliche Grundrisse und Schnitte im Maßstab 1:100 <input type="checkbox"/> Bestätigung des befugten Planverfassers über die Einhaltung der bautechnischen Anforderungen Bei Wärmepumpen oder Klimaanlage in geschlossenen Gebäuden: <input type="checkbox"/> Bestätigung bzw. Nachweis über die Einhaltung des Schalleistungspegels Bei stationärer Aufstellung von Batterieanlagen: <input type="checkbox"/> Nachweis über Energieinhalt von max. 20 kWh erforderlich
Sonstige Erklärungen des/der Bauwerber(s):	<ul style="list-style-type: none"><li>✓ Anrainer und Nachbarn werden durch das Bauvorhaben nicht beeinträchtigt.</li><li>✓ Oberflächenwässer werden unter Schadloshaltung von benachbarten Liegenschaften auf eigenem Grund entsorgt.</li><li>✓ Leitungen werden nicht überbaut, ansonsten wird das Einvernehmen mit dem Leitungsträger rechtzeitig hergestellt.</li><li>✓ Bei überdachten Abstellflächen werden die notwendigen Anfahrtschutzmaßnahmen ausgeführt.</li><li>✓ Durch das Bauvorhaben wird das Gelände nicht verändert.</li><li>✓ Die notwendige Verbrennungsluftzufuhr ist gegeben (im Zweifelsfall wird eine Bestätigung des öffentl. zugelassenen Rauchfangkehrers eingeholt).</li><li>✓ Sämtliche notwendigen Brandschutzmaßnahmen werden eingehalten.</li><li>✓ Bei Solar- oder Photovoltaikanlagen bleiben die Beeinträchtigungen durch die Blendwirkung unter der Erheblichkeitsgrenze der relevanten Richtlinie OVE R-11</li><li>✓ Schneefänger werden wenn notwendig fachgerecht ausgeführt.</li><li>✓ Bei stationären Batterieanlagen:<ul style="list-style-type: none"><li><input type="checkbox"/> Aufstellung in eigenem Batterieraum gem. OIB-RL2_3.9</li><li><input type="checkbox"/> Aufstellung in Raum mit Rauchwarnmelder in Gebäudeklasse 1</li><li><input type="checkbox"/> Aufstellung in Garage oder überd. Stellplatz &lt;50m2</li><li><input type="checkbox"/> Umhüllung der Batterieanlage mit Nachweis des geforderten Feuerwiderstandes gem. OIB-RL2-3.</li></ul></li><li>✓ Bei Abbrucharbeiten werden die Abbruchmaterialien ordnungsgemäß und nachweislich entsorgt.</li><li>✓ Nach Fertigstellung der Hauskanalanlage bzw. Sammelgrube wird der Baubehörde unaufgefordert eine Dichtheitsbescheinigung vorgelegt.</li><li>✓ Sämtliche baurechtlichen Normen und Richtlinien (Statik, Brandschutz, OIB, etc.) werden eingehalten.</li><li>✓ Sofern nicht sämtliche Eigentümer diese Mitteilung unterfertigen, wird erklärt, dass sämtliche Eigentümer der betroffenen Liegenschaft(en) mit der geplanten</li></ul>

	<p>Bauführung einverstanden sind.</p> <p>✓ Mit meiner Unterschrift bestätige ich den Erhalt einer Kopie der vorliegenden meldepflichtigen Baumitteilung.</p>
--	--

.....  
Datum und Unterschrift(en) des(r) Bauwerber(s), bei unleserlicher Unterschrift bitte Familiennamen in Klammer beifügen

## MERKBLATT ZUM MELDEPFLICHTIGEN BAUVORHABEN nach § 21 Stmk.BauG

Gemäß § 21 Abs. 3 BauG sind meldepflichtige Vorhaben vor ihrer Ausführung der Gemeinde schriftlich mitzuteilen. Zu den meldepflichtigen Vorhaben gehört laut § 21 Abs. 1 und 2 BauG die Errichtung, Änderung oder Erweiterung von:

1. Nebengebäuden (mit Ausnahme von Garagen), Fütterungseinrichtungen bis zu einer Gesamtfläche von insgesamt 40 m<sup>2</sup>, landesüblichen Zäunen, Folientunnel, Hagelnetzanlagen, Flachsilos, Beregnungsanlagen u. dgl., jeweils nur im Rahmen der Land- und Forstwirtschaft, sofern keine Nachbarrechte im Sinn des § 26 Abs. 1 Z 1 und 2 berührt werden;
2. kleineren baulichen Anlagen, wie insbesondere
  - a) für die Verwertung (Kompostierung) von biogenem Abfall im Sinne des Steiermärkischen Abfallwirtschaftsgesetzes; wie insbesondere Kleinkompostieranlagen für Gebäude mit nicht mehr als sechs Wohnungen;
  - b) Abstellflächen für Krafträder oder Kraftfahrzeuge mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht von je 3 500 kg bis zu einer Gesamtfläche von 40 m<sup>2</sup> und den dazu erforderlichen Zu- und Abfahrten, Fahrradabstellanlagen sowie Schutzdächer (Flugdächer) mit einer überdeckten Fläche von insgesamt höchstens 40 m<sup>2</sup>, auch wenn diese als Zubau zu einem Gebäude ausgeführt werden, samt allfälligen seitlichen Umschließungen, die keine Gebäudeeigenschaft (§ 4 Z 29) bewirken;
  - c) Skulpturen und Zierbrunnenanlagen bis zu einer Höhe von 3,0 m inklusive Sockel, kleineren sakralen Bauten sowie Gipfelkreuzen;
  - d) Wasserbecken bis zu insgesamt 100 m<sup>3</sup> Rauminhalt, Saisonspeichern für solare Raumheizung und Brunnenanlagen sowie Anlagen zur Sammlung von Meteorwasser (Zisternen);
  - e) luftgetragenen Überdachungen bis zu insgesamt 100 m<sup>2</sup> Grundfläche;
  - f) Pergolen bis zu einer bebauten Fläche von 40 m<sup>2</sup>, Klapotetzen, Maibäumen, Fahnen- und Teppichstangen, Jagdsitzen sowie Kinderspielgeräten;
  - g) Nebengebäude im Bauland bis zu einer Gesamtfläche von insgesamt 40 m<sup>2</sup>;
  - h) Gewächshäusern bis zu 3,0 m Firsthöhe und bis zu einer Gesamtfläche von insgesamt 40 m<sup>2</sup>;
  - i) Parabolanlagen sowie Hausantennenempfangsanlagen im Privatbereich; Mikrozellen zur Versorgung von Geländeflächen mit einem Durchmesser von 100 m bis 1 km und Picozellen für Mobilfunkanlagen zur Versorgung von Geländeflächen mit einem Durchmesser bis 100 m, samt Trag- und Befestigungseinrichtungen;
- j) Telefonzellen und Wartehäuschen für öffentliche Verkehrsmittel;
- k) Stützmauern mit einer Ansichtshöhe von nicht mehr als 0,5 m über dem angrenzenden natürlichen Gelände einschließlich der damit im unmittelbar angrenzenden Bereich erforderlichen geringfügigen Geländeanpassung;
- l) Loggiaverglasungen einschließlich der erforderlichen Rahmenkonstruktion;
- m) Garten- und Gerätehütten samt Erdlager bei zusammengefassten Kleingartenanlagen gemäß § 33 Abs. 5 Z. 5 des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes 2010, für die ein Gesamtkonzept erstellt wurde, in Übereinstimmung mit den darin festgelegten Vorgaben jeweils bis zu einer Gesamtfläche von maximal 40 m<sup>2</sup> je Nutzungseinheit;
- n) Einfriedungen bis zu einer Höhe von 1,5 m jeweils über dem angrenzenden natürlichen Gelände;
- o) Solar- und Photovoltaikanlagen bis zu einer Kollektorleistung von insgesamt nicht mehr als 50 kW<sub>p</sub> (Kilowatt Peak); dabei dürfen Anlagen und ihre Teile eine Höhe von 3,50 m nicht überschreiten;
- p) Umspann- und Kabelstationen, soweit es sich um Gebäude mit einer bebauten Fläche von nicht mehr als 40 m<sup>2</sup> handelt;
3. kleineren baulichen Anlagen und kleineren Zubauten, jeweils im Bauland, soweit sie mit den in Z. 2 angeführten Anlagen und Einrichtungen hinsichtlich Größe, Verwendungszweck und Auswirkungen auf die Nachbarn vergleichbar sind;
4. Baustelleneinrichtungen, einschließlich der zum vorübergehenden Aufenthalt dienenden Unterstände sowie die Aufstellung von Werbetafeln der bauausführenden Firmen sowie von Förderstellen, für die Dauer der jeweiligen Baudurchführung, längstens jedoch bis zwei Wochen nach der Baufertigstellung;

4a. die Verwendung von Gerüsten und Netzen zu Werbezwecken für die Dauer der Fassadensanierung bis spätestens zwei Wochen nach der Fertigstellung der Fassadensanierung;

5. Feuerungsanlagen für feste und flüssige Brennstoffe bis zu einer Nennheizleistung von 8,0 kW, sofern Nachweise über das ordnungsgemäße Inverkehrbringen im Sinne des Steiermärkischen Feuerungsanlagengesetzes 2016 vorliegen;

5a. Gasanlagen, die keiner Bewilligungspflicht nach dem Steiermärkischen Gasgesetz unterliegen, Feuerungsanlagen jedoch nur dann, wenn Nachweise über das ordnungsgemäße Inverkehrbringen im Sinne des Steiermärkischen Feuerungsanlagengesetzes 2016 und der Gasgeräte-Sicherheitsverordnung, BGBl. Nr. 430/1994, vorliegen, sonstige Gasgeräte, die keine Feuerungsanlagen sind, jedoch nur dann, wenn Nachweise über das ordnungsgemäße Inverkehrbringen im Sinne der Gasgeräte-Sicherheitsverordnung, BGBl. Nr. 430/1994, vorliegen;

6. Werbe- und Ankündigungseinrichtungen von Wählergruppen, die sich an der Wahlwerbung für die Wahl zu einem allgemeinen Vertretungskörper oder zu den satzungsgebenden Organen einer gesetzlichen beruflichen Vertretung, für die Wahl des Bundespräsidenten oder für Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksbefragungen auf Grund landes- oder bundesgesetzlicher Vorschriften beteiligen, innerhalb von sechs Wochen vor dem Wahltag oder dem Tag der Volksabstimmung, der Volksbefragung oder des Volksbegehrens bis spätestens zwei Wochen danach;

7. Werbe- und Ankündigungseinrichtungen, die an bestehenden baulichen Anlagen angebracht werden und eine Gesamtfläche von insgesamt höchstens 2,0 m<sup>2</sup> aufweisen, sofern keine Verordnung nach § 11a Abs. 2 besteht;

8. bauliche Anlagen für Paketservicesysteme mit Rauminhalten über 1,0 m<sup>3</sup>.

Meldepflichtig sind überdies:

1. die Errichtung, Änderung oder Erweiterung von Garagen für Krafträder oder Kraftfahrzeuge mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht von je 3 500 kg bis zu einer bebauten Fläche von insgesamt 40 m<sup>2</sup>, auch wenn sie als Zubau zu einem Gebäude ausgeführt werden, und der dazu erforderlichen Zu- und Abfahrten;

2. die ortsfeste Aufstellung von Motoren, Maschinen, Apparaten oder Ähnlichem im Inneren eines geschlossenen Gebäudes mit einem Schalleistungspegel von maximal 80 dB;

3. die Errichtung, Änderung oder Erweiterung von Hauskanalanlagen und Sammelgruben;

4. der Einbau von Treppenliften;

5. der Umbau einer baulichen Anlage oder Wohnung, der keine Änderung der äußeren Gestaltung bewirkt, sowie Änderungen der räumlichen Nutzungsaufteilung einer bestehenden Wohnung;

6. die Lagerung von Treibstoffen bis 500 l in zulässigen Lagersystemen durch anerkannte Einsatzorganisationen;

7. die Lagerung von Heizöl bis 300 l;

8. der Abbruch aller nicht unter § 20 Z 6 fallenden baulichen Anlagen;

9. der Umbau einer baulichen Anlage, sofern es sich dabei ausschließlich um wärmetechnische Optimierungen der Gebäudehülle bei bestehenden Gebäuden, sowie um geringfügige Änderungen in Größe, Form und Situierung beim Austausch von Fenstern, oder um eine Fassadenfärbelung handelt.

Anm.: in der Fassung LGBl. Nr. 73/2001, LGBl. Nr. 33/2002, LGBl. Nr. 78/2003, LGBl. Nr. 13/2011, LGBl. Nr. 78/2012, LGBl. Nr. 29/2014, LGBl. Nr. 11/2020